

Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien
Wohlfahrtspflege



01.12.2020

Ganztagsangebote für Grundschul Kinder qualitätsvoll ausgestalten und nachhaltig finanzieren

Forderung nach Einigung bei der Finanzierung und der gesetzlichen Regelung qualitätsvoller Ganztagesangebote für Grundschul Kinder

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) fordert Bund und Länder auf, bei dem am 2. Dezember 2020 bevorstehenden Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Einigung bei der Finanzierung und der gesetzlichen Regelung qualitätsvoller Ganztagesangebote für Grundschul Kinder zu erzielen.

Es sei zwingend erforderlich, Grundlagen für Qualität zu schaffen und eine nachhaltige Finanzierung beim Ausbau der ganztägigen Angebote zu erreichen. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wurde vereinbart, einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter ab dem Jahr 2025 zu realisieren. Der weitere Ausbau der Angebote ist eine wichtige Grundvoraussetzung dafür.

Die BAGFW weiß aus ihrer täglichen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien, wie wichtig ein gut ausgebautes und qualitativvoll ausgestaltetes Angebot ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für die ganzheitliche Entwicklung aller Kinder ist. „Durch flächendeckend hochwertige Angebote können die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern deutlich verbessert werden“, sagt BAGFW-Präsidentin Gerda Hasselfeldt. Um dies zu erreichen, müssten die Angebote so geschaffen sein, dass sie das Wohlbefinden der Kinder in den Mittelpunkt stellen, Eltern partnerschaftlich mit einbeziehen und mit ausreichend qualifizierten Fachkräften sowie gut gestalteten Räumen zum Leben und Lernen einladen.

Doch nicht nur zur Verbesserung der Teilhabechancen von Kindern ist ein umfassendes, verlässliches und qualitativvolles, ganztägiges Betreuungsangebot wichtig. Ein Rechtsanspruch entlastet Mütter und Väter und stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erheblich. Durch bessere Erwerbsmöglichkeiten werden Belastungssituationen in Familien reduziert und die materiellen Lebensgrundlagen gesichert. „Ein bundesweiter Rechtsanspruch auf qualitativvolle, ganztägige Erziehung, Bildung und Betreuung für Grundschulkinder ist deshalb ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer chancengerechten Gesellschaft“, erklärt Hasselfeldt.

Für mehr als eine Million Grundschul Kinder müssen bis 2025 zusätzliche Plätze geschaffen werden, um einen Rechtsanspruch flächendeckend gewährleisten zu können. Eine Aufgabe, die für das gesamte Bundesgebiet nur gemeinsam als Kraftakt zu bewältigen ist. Für das Wohl aller Kinder und Familien sollte dies als besonders wichtiger gesamtgesellschaftlicher Auftrag wahrgenommen und gemeinsam mit allen beteiligten Parteien partnerschaftlich erarbeitet werden. „Nur gemeinsam kann der Ganzttag ein Erfolg für alle werden“, sagt Hasselfeldt.

Dateien

[Pressemeldung: Ganztagsangebote für Grundschul Kinder 144 KB](#)

[Zum Seitenanfang](#)

Veröffentlichungen

[Aktuelle Meldungen](#)

[Stellungnahmen/Positionen](#)

[Pressemitteilungen](#)

[Publikationen](#)

[Statistik 2020](#)

[Videothek](#)